

## **Interpellation**

**der Fraktion der SPD**

### **betr. Vertragsentwurf über die Organisation einer gemeinsamen Verwaltung des Hafens von Kehl.**

Von der Regierung des Landes Baden ist ein mit der Verwaltung des autonomen Hafens von Straßburg ausgehandelter Vertragsentwurf über die Organisation einer gemeinsamen Verwaltung des Hafens von Kehl paraphiert worden. Der Vertrag bedürfte gemäß Artikel 32, Absatz 3 des Grundgesetzes der Zustimmung der Bundesregierung. Im Falle des Abschlusses des Vertrages würden die im Hinblick auf den Hafen von Kehl zu treffenden wirtschafts- und verkehrspolitischen Maßnahmen weitgehend der Verfügung deutscher Stellen und der Kontrolle durch deutsche parlamentarische Institutionen entzogen.

Wir fragen die Bundesregierung, ob sie gewillt ist, diesem Vertrag ihre Zustimmung zu erteilen.

Bonn, den 26. September 1951

**Ollenhauer und Fraktion**